
Pressemitteilung

Berlin, Mai 2014

Diskriminierung durch UPS bei der Postzustellung

Mitte März 2014 beauftragte die Iranische Gemeinde in Deutschland e.V. eine Internet-Druckerei mit dem Druck einiger Info- und Werbematerialien sowie deren Expresszustellung an das Büro der Iranischen Gemeinde in Berlin. Die Lieferung blieb jedoch zum angekündigten Termin aus. Nach einem Telefonat mit der Hotline der Zustellerfirma UPS hat man uns versichert, dass die Sendung definitiv am kommenden Tag zwischen 8 und 12 Uhr geliefert werden würde. Am darauffolgenden Tag wurde weder das Paket geliefert, noch erhielten wir einen Anruf oder eine Mitteilung von UPS. Nach erneutem Telefonat mit der UPS-Hotline erfuhren wir, dass UPS sich weigerte, das Paket an unsere Adresse zuzustellen, wohlgermerkt ohne uns darüber in Kenntnis zu setzen. Diese Weigerung wäre in der Tatsache begründet, dass wir durch unseren Vereinsnamen einen Bezug zu Iran hätten.

Empört über diese Feststellung baten wir die beauftragte Druckerei, bei der Firma UPS den Grund der nicht stattgefundenen Zustellung offiziell nachzufragen und uns diesen schriftlich mitzuteilen. Das Ergebnis war eine an uns weitergeleitete E-Mail der Firma UPS, worin es wörtlich heißt, dass: „**alles was mit dem Iran zu tun hat, von UPS nicht beliefert wird**“.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Praxis der Firma UPS. In unserem Fall richtet sie sich gegen einen in Deutschland registrierten Verein, dessen Mitglieder überwiegend deutsche Staatsbürger sind. Gleichzeitig möchten wir mit der vorliegenden Pressemitteilung die Öffentlichkeit über dieses **offensichtlich diskriminierende Verhalten** von UPS informieren und die Medien aufrufen, darüber zu berichten.

Es darf nicht sein, dass ein in Deutschland ansässiges Unternehmen sich über die geltenden Gesetze, insbesondere das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (**AGG**), hinweg setzt, als ob es in einem rechtsfreien Raum agiere.

Vorstand der Iranischen Gemeinde in Deutschland e.V